

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 17.06.2020

Vor Einstieg in die Tagesordnung erläutert der Vorsitzende die aktuelle Corona-Situation in Schwetzingen, die Veranstaltungen wie die Sitzung heute immer noch mit Schwierigkeiten versehe.

Anschließend begrüßt Pfarrer Lüttinger als Hausherr die Anwesenden und wünscht einen guten Sitzungsverlauf im Josefshaus. OB Pörtl bedankt sich herzlich für die Bereitschaft, den Saal zur Verfügung zu stellen.

TOP 1 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Sitzungsverlauf:

Gemäß § 35 Abs. 1 Satz 4 der Gemeindeordnung sind die in der nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse in der nächsten öffentlichen Sitzung bekanntzugeben, sofern nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner entgegenstehen.

In der nichtöffentlichen **Sitzung des Gemeinderats am 13.05.2020** wurde folgender Beschluss gefasst:

1. Die Stadt Schwetzingen übernimmt eine Ausfallbürgschaft für ein Darlehen der Stadtwerke Schwetzingen GmbH & Co. KG.

In der nichtöffentlichen Sitzung des **Technischen Ausschusses am 27.05.2020** wurden Themen behandelt, die Gegenstand der heutigen Sitzung sind.

TOP 2 Bürgerfragestunde

Erläuterungen:

Bürger 1 möchte im Hinblick auf die hohen Kosten des Verleihsystems VRNnextbike wissen, ob die Tarife des Verbunds jetzt angepasst seien und möchte weiterhin wissen, wie viel Kilometer an Autofahrten denn bisher eingespart worden seien.

Der Vorsitzende sagt, dass das Tarifsystem mittlerweile auf das Verbundsystem abgestimmt sei und spezielle Tarife für Nextbike-Nutzer vorsehe. Zur Frage der eingesparten Kilometer habe er leider keine näheren Informationen.

TOP 3 Schulentwicklungsplanung - Schülerzahlen, Ausbaubedarf und weitere Schritte **Vorlage: 2297/2019/1/1**

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende erläutert ausführlich den Beschlussvorschlag, den man in gemeinsamer Abstimmung mit den Schulen und dem Gremium erarbeitet habe. Dafür möchte er sich sehr herzlich bedanken. Die angestrebten Verbesserungen seien wichtig für die gewünschte Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dies zeige sich auch gerade in dieser krisenhaften Situation, was jetzt auch aktuell der Bund erkannt habe.

Es folgen die beigefügten Stellungnahmen von Stadtrat Petzold (SFW) und Prof. Walch (B'90/Die Grünen).

Für die Fraktion der CDU ist laut Stadträtin Kolb die Planung einer Ganztagsbetreuung zur Optimierung des Angebots an Schulen unumgänglich. Ihrer Meinung nach solle man nicht ein bestimmtes Modell vorschreiben, deswegen sei die Flexibilität wichtig, um die Schüler auf ihrem individuellen Weg begleiten zu können. Daher würde ihre Fraktion eine Ganztagschule in Wahlform bevorzugen.

Die Stellungnahme von Stadtrat Pitsch (SPD) ist beigefügt.

Stadtrat Dr. Lorenz (FDP) stört sich insgesamt an dem vorgegebenen Ziel einer gebundenen Ganztagschule. Er sieht hier Nachteile für die Arbeit der Vereine, da viele jugendlichen Mitglieder die Zeit nicht mehr aufbringen könnten. Trotzdem wolle er dem Plan zustimmen.

Stadtrat Zieger (Die Linke) weist besonders auf die schlechte Situation der finanziell schwach gestellten Familien hin. Diese müsse man auf jeden Fall stärker in den Blick nehmen. Der Vorsitzende weist darauf hin, dass Bund und Land dies erkannt hätten und jetzt von Seiten des Landes circa 330 Millionen genau für diesen Zweck bereitgestellt würden.

Unter Verweis auf die Vorredner stimmt Stadtrat Sahin (ABS) ebenfalls zu.

Beschluss:

1. Der aktuelle Schulentwicklungsplan wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Gemeinderat hat es sich zum Ziel gesetzt, die inhaltliche und räumliche Situation der Kernzeit- und Hortbetreuung an den Grundschulen in enger Zusammenarbeit der Stadt Schwetzingen mit den vier Grundschulen kontinuierlich weiter auszubauen, zu verbessern und fortzuentwickeln. Darüber hinaus sollen die weiteren aus dem Schulbetrieb folgenden Raumbedarfe ermittelt und einer baulichen Umsetzung zugeführt werden. Ziel ist es, die Grundschulen auf einen verbindlichen Ganztagsschulbetrieb vorzubereiten, der an einer oder mehreren Grundschulen umgesetzt werden soll, wenn die Rahmenbedingungen für die Betreuung der Schulkinder und der erforderlichen Anpassungen im Schulbetrieb passen. Hierzu wird eine enge Kooperation der Stadt mit den Grundschulen angestrebt, die eine schrittweise zielgerichtete Weiterentwicklung ermöglicht. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Gemeinderat zur weiteren Entwicklung unter Einbindung der vier Grundschulen konkrete Vorschläge zu unterbreiten.

Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Gebührenhandhabung im Bereich Kindergärten und Außerschulischer Betreuung in Corona-Zeiten Vorlage: 2355/2020

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende erläutert die näheren Einzelheiten. In diesem Zusammenhang informiert er darüber, dass im städtischen Kindergarten Spatzennest aktuell wieder alle Mitarbeiter vollzählig arbeiteten.

Er geht kurz auf die aktuelle finanzielle Situation ein, die allerdings im Moment nur grob abschätzbar sei. Unsicherheiten gebe es zum Beispiel bei der Gewerbesteuer. Hier seien derzeit Anträge auf Stundung von 1,47 Mio. EUR bekannt. Natürlich würde man auch Minderausgaben haben, da weniger Veranstaltungen und Maßnahmen durchgeführt werden. Die Verwaltung werde im Juli im Gemeinderat einen Halbjahresstatus präsentieren. Entsprechend der erstellten Anlage informiert er über die Höhe der insgesamt ausfallenden Elternbeiträge und die zu erwartenden Hilfen seitens des Landes.

Auch beim Freizeitbad sei mit zusätzlichen Defiziten zu rechnen. Man wolle aber auf jeden Fall zum 15. Juli das Bad öffnen und bereite sich darauf intensiv vor. Gerade in dieser Zeit sei es wichtig, für die Menschen ein Angebot zu schaffen. Dazu werde die Verwaltung in den nächsten Tagen noch nähere Informationen zu den Auswirkungen vorbereiten. Im November werde es einen Nachtrag zum Haushalt geben.

Stadträtin Fackel-Kretz-Keller gibt zu bedenken, dass einzelne Träger den Ausgleich des Betriebskostendefizits wohl nicht schaffen werden. Der Vorsitzende sagt, dass dies nicht passieren solle. Sofern dies eintrete, werde die Stadt die Ausfälle voll erstatten. Da seien sich ja alle Mitglieder im Rat einig. Dies stößt auf einhellige Zustimmung.

Stadträtin Walter gibt einen Überblick über die aktuelle Situation im Finanzamt. Derzeit seien nur leichte Rückgänge bei den Gewerbesteuerzahlungen zu verzeichnen.

Stadtrat Zieger verlässt den Ratssaal und ist bei der Abstimmung zu diesem TOP nicht anwesend.

Beschluss:

1. Die Gebühren für die Notbetreuung, erweiterte Notbetreuung und schrittweise Öffnung der Betreuung im städtischen Kindergarten Spatzennest sowie in der Außerschulischen Betreuung werden für die Monate April und Mai 2020 erlassen.
2. Die Gebühren für alle Nichtbelegungszeiten im städtischen Kindergarten Spatzennest sowie in der Außerschulischen Betreuung in den Monaten April bis Juni 2020 werden erlassen.
3. Die Gebühren in den Kindergärten, in den Kinderkrippen und in der Kindertagespflege in sonstiger Trägerschaften sollen von den jeweiligen freien Trägern ebenfalls erlassen werden. Die Stadt erstattet den konfessionellen und sonstigen Trägern den nachgewiesenen Einnahmeverlust durch den Gebührenerlass entsprechend dem vertraglich vereinbarten Kostenanteil der Betriebskostenabrechnung.
4. Die Verwaltung wird mit der entsprechenden Umsetzung beauftragt.

Ja 23 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 5 Fortführung VRNnextbike ab dem 01.06.2020 mit angepasstem
Finanzierungskonzept
Vorlage: 2307/2019**

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende erläutert den Beschlussvorschlag und geht näher auf die einzelnen Änderungen im Vertrag ein. Insgesamt sei das Projekt ein guter Erfolg. Er hoffe, dass noch weitere Verbesserungen in Service und Nachfrage eintreten.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Anschlussvereinbarung zur Fortführung des Fahrradvermietsystems VRNnextbike ab dem 01.06.2020 unter Berücksichtigung des angepassten Finanzierungskonzepts mit der VRN GmbH mit einem Betrag von 169.158,71 Euro zu.

Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 6 Sanierungsgebiet "DB-Ausbesserungswerk Süd"
1. Erweiterung des förmlich festgelegten Sanierungsgebietes
Vorlage: 2350/2020

Sitzungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 6 und 7 werden gemeinsam behandelt.

Der Vorsitzende erläutert die Beschlussvorschläge. Auf die Sanierungsförderung bestehe ein rechtlicher Anspruch.

Stadtrat Ziegler möchte wissen, ob das Anwesen Werkstraße 7 auch zum Gebiet gehöre – dies ist der Fall - und dann dort auch Ausgleichsbeträge anfielen. Der Vorsitzende kann dies jetzt nicht abschließend klären, hält es aber für unwahrscheinlich.

Stadtrat Rupp, Mitglied im Gutachterausschuss, sagt, dass ein Verzicht seitens der Kommune möglich sei.

Beschluss:

Aufgrund von § 142 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (Bundesgesetzblatt I Seite 3624), das durch Art. 6 des Gesetzes vom 27.03.2020 (BGBl. I S. 587) zuletzt geändert worden ist und § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 24.07.2000 (Gesetzblatt Seite 581, berichtigt Seite 698), zuletzt geändert durch Artikel 17 des Gesetzes vom 11. Februar 2020 (GBl. S. 37, 40) wird die Satzung zur Erweiterung des Sanierungsgebietes "Bundesbahnausbesserungswerk Süd" – 1. Erweiterung beschlossen.

Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

- TOP 7 Sanierungsgebiet „DB-Ausbesserungswerk Süd“ - Bauvorhaben und Kostenbeteiligung
Freilegung des Grundstücks Flst.Nr. 1185 und 6614/1 zur anschließenden Neubebauung
hier: Kostenbeteiligung
Modernisierung des im Bestand verbleibenden Gebäudes auf Grundstücks Flst.Nr. 1185
hier: Kostenbeteiligung
Erwerb des Flurstückes 9962 durch die Stadt Schwetzingen
Vorzeitige Ablösung des Ausgleichsbetrages
Vorlage: 2343/2020**

Sitzungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 6 und 7 werden gemeinsam behandelt.

Der Vorsitzende erläutert die Beschlussvorschläge. Auf die Sanierungsförderung bestehe ein rechtlicher Anspruch.

Stadtrat Ziegler möchte wissen, ob das Anwesen Werkstraße 7 auch zum Gebiet gehöre – dies ist der Fall - und dann dort auch Ausgleichsbeträge anfielen. Der Vorsitzende kann dies jetzt nicht abschließend klären, hält es aber für unwahrscheinlich.

Stadtrat Rupp, Mitglied im Gutachterausschuss, sagt, dass ein Verzicht seitens der Kommune möglich sei.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Eigentümerin

1.1 eine Ordnungsmaßnahmenvereinbarung für den Abbruch von baulichen Anlagen auf dem Grundstück Flst. Nr. 1185 und 6614/1, Borsigstraße 1a, über den zu erstattenden Betrag in Höhe von 132.350,00 €,

1.2 eine Modernisierungsvereinbarung zur energetischen Sanierung des gewerblich genutzten Gebäudes mit einer Kostenerstattung in Höhe von 75.000,00 €,

1.3 einen Kaufvertrag für den Erwerb von Flst. Nr. 9962 durch die Stadt Schwetzingen zum Preis von 8.760,00 €,

1.4 sowie eine Vereinbarung zur vorzeitigen Ablösung des Ausgleichsbetrages in Höhe von 104.883,83 €

abzuschließen.

2. Die Haushaltsmittel in Höhe von 1.000.000,00 € werden von der Kostenposition 751100203100 Sachkonto 7873000 auf das Sachkonto 7818000 umgebucht und somit die überplanmäßige Ausgabe genehmigt.

Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 8 Änderung der Gesellschaftsverträge Stadtwerke Schwetzingen
Vorlage: 2351/2020**

Sitzungsverlauf:

Stadträtin Dr. Hierschbiel verlässt den Saal bis einschließlich TOP 9.

Der Vorsitzende gibt einen Überblick über die vorgeschlagenen Änderungen, die aber keine wesentlichen inhaltlichen oder strukturellen Neuerungen mit sich brächten. Die Gesellschafter hätten sich hier vorbildlich mit eingebracht. Dafür möchte er herzlich danken

Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt den Änderungen nachfolgender Verträge in den Fassungen vom 17.06.2020 zu:
 - a. Gesellschaftsvertrag der Stadtwerke Schwetzingen GmbH & Co.KG
 - b. Gesellschaftsvertrag der Stadtwerke Schwetzingen Verwaltungsgesellschaft mbH
 - c. Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat der Stadtwerke Schwetzingen Verwaltungsgesellschaft mbH und der Stadtwerke Schwetzingen GmbH & Co.KG
2. Die Geschäftsordnung für die Geschäftsleitung der Stadtwerke Schwetzingen Verwaltungsgesellschaft mbH und der Stadtwerke Schwetzingen GmbH & Co.KG in der Fassung vom 17.06.2020 wird zur Kenntnis genommen.
3. Die Zustimmung zu Änderungen formaler oder redaktioneller Art, die sich im Vollzug oder der Genehmigung der Verträge ergeben und die die Grundzüge der Inhalte der Verträge nicht berühren, wird auf den Oberbürgermeister übertragen.

Ja 23 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 9 Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: 2344/2020

Sitzungsverlauf:

Kurzer Sachvortrag des Vorsitzenden.

Stadträtin Dr. Hirschbiel ist bei der Abstimmung nicht im Saal anwesend.

Beschluss:

Der Annahme bzw. Vermittlung der in der Anlage aufgeführten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen wird zugestimmt.

Ja 23 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 10 Öffentliche Bekanntgaben / Anfragen

Sitzungsverlauf:

Stadtrat Petzold bezieht sich auf die abgesagte Sitzung des Kultur- und Bildungsausschusses Anfang Juli. Er regt an, die Sitzung doch durchzuführen, um Fragen der Unterstützung von Kultureinrichtungen oder Vereinen in der aktuellen Krise zu besprechen. Der Vorsitzende hält dies nicht für notwendig, da es wenig Entscheidungsspielräume oder neue Information gebe. Man habe die einzelnen Einrichtungen im Blick und alle Zahlungen geleistet, auch wenn aktuell keine Veranstaltungen stattfinden können. Sofern den Stadträten aber Einzelfälle bekannt seien, könnten diese gerne auf ihn zukommen. Grundsätzlich möchte er aktuell auch weiterhin nur Sitzungen durchführen, die wirklich dringend seien.

Stadträten Ackermann schlägt vor, im Rahmen der Juli-Sitzung einen Überblick über die Situation im Bereich der verschiedenen Kultureinrichtungen zu geben.

Stadtrat Prof. Walch ist sich sicher, dass sich die Kultur nach der Corona-Krise völlig anders präsentieren werde. Darauf müsse man konzeptionell reagieren.

Stadträtin Walter berichtet über Bauarbeiten im Bereich der historischen Baumallee entlang des Ausbesserungswerkes. Dort seien Löcher im Farbasphalt mit normalem Asphalt befüllt worden.

Weiterhin weist Stadträtin Walter darauf hin, dass die Fußgängerleitung im Bereich der Baustelle der Karlsruher Straße ihres Erachtens zu eng sei. Der Vorsitzende bittet wiederholt, derartige Fragestellungen nicht in der Sitzung des Gemeinderates vorzutragen, sondern direkt auf die Verwaltung zuzukommen. Hier würde dann Abhilfe geschaffen, sofern möglich.

Stadtrat Petzold berichtet, dass die Situation im Bereich des Linksabbiegers von der Friedrich-Ebert-Straße in die Grenzhöfer Straße immer noch unklar sei, was die Markierungen angehe.

